

[Home](#) > [Politik](#) > [Deutschland](#) > [Innenpolitik](#) > AfD-Spende: Bundestag sieht Tatverdacht bestätigt

Es geht um einen Millionenbetrag

Bundestag stellt fest: AfD-Spende war nicht rechens

Von t-online, KON

Aktualisiert am 21.08.2025 - 15:25 Uhr

Lesedauer: 2 Min.



Die Spendenplakate, hier mit Farbbomben attackiert: Die Bundestagsverwaltung kommt zu dem Urteil, dass der wahre Geldgeber verschleiert wurde. (Quelle: IMAGO/Eibner-Pressfoto/Juergen Augst/imago)

Vorlesen

News
folgen

Artikel
teilen

Schon länger wurde über Unregelmäßigkeiten bei einer AfD-Spende berichtet. Jetzt gibt es für die Partei Konsequenzen.

Die Bundestagsverwaltung hat nach monatelanger Prüfung festgestellt, dass Millionenspenden an die AfD im Bundestagswahlkampf 2024 nicht rechens waren. Wie die Verwaltung auf eine Anfrage der "Bild"-Zeitung mitteilte, erfüllt eine Spende

in Höhe von 2,35 Millionen Euro den Bestand einer "unzulässigen Weiterleitungs- bzw. Strohmann-Spende". Die AfD kündigte rechtliche Schritte an.

Schlagzeilen

[Alle →](#)

- ☰ **Stefan Mross sagt Sonntagsshow ab**
- ☰ **Zug überrollt Teenager – der überlebt**
- ☰ **Apotheke: Patienten sollen mehr zuzahlen**

[Mehr anzeigen](#)

Bei der besagten Spende handelt es sich um eine Sachspende in Form von etwa 6.400 leuchtend gelben Wahlplakaten. Der ehemalige FPÖ-Funktionär Gerhard Dingler hatte sich als Spender ausgegeben. In einer Stellungnahme begründete er den Schritt mit dem Ukraine-Krieg und seiner Angst vor einer Eskalation. Die AfD sei die einzige deutsche Partei, die sich wirklich für einen Frieden einsetzt.

AfD-Minister? Deswegen fürchtet die Partei das Regieren

Adler-Logo: So provoziert die AfD-Jugend

250.000 Euro Entschädigung

Tatsächlich soll es sich bei ihm um einen "Strohmann" gehandelt haben: Die Bundestagesverwaltung sieht es inzwischen als erwiesen an, dass hinter der Spende der deutsch-schweizerische Immobilien-Milliardär Henning Conle steht. Wie die Bundestagsverwaltung erklärt, hat Dingler im Dezember des vergangenen Jahres von Conle eine Schenkung über 2,6 Millionen Euro erhalten, obwohl es "keine Hinweise auf ein besonderes persönliches Näheverhältnis des Herrn Conle zu Herrn Dingler" gab. Laut Bundestagsverwaltung habe Dingler 250.000 Euro als Aufwandsentschädigung behalten.

Eine juristische Strafe gegen die AfD wurde nicht verhängt, allerdings hat das Ergebnis der Untersuchung finanzielle Auswirkungen auf die Partei. Als im April erste Unregelmäßigkeiten bei der Zahlung bekannt geworden waren, zahlte die AfD

die gleiche Summe an die Bundeskasse. Gegen die Entscheidung, das Geld nun einzubehalten, will die AfD gerichtlich vorgehen.

- » **US-Militärexpertin kritisiert Trump:** "Ich mache mir sehr große Sorgen"
- » **Newsblog zum Ukraine-Krieg:** Ukrainische Seedrohne tötet russische Elite-Taucher
- » **Wegen wirtschaftlicher Probleme?:** Putin rückt von alter Forderung für Kriegsende ab

Parteispenden unterliegen in Deutschland klaren Transparenzregeln. Aus dem gleichen Grund sind etwa auch anonyme Spenden, die über 500 Euro hinausgehen, verboten. So sollen indirekte Einflussnahmen verhindert werden.

Verwendete Quellen

bild.de: "Bundestag sicher: AfD erhielt illegale Großspende – Partei will klagen"

taz.de: "235 Millionen Euro Zuwendung: Wie viel die AfD vom Staat bekommt"

Weitere Quellen anzeigen 

Neueste Artikel

INTERVIEW | Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk

"Wir stehen an der Schwelle zu einem autoritären Zeitalter"



Ein Interview von Julia Naue

Rechtsextremer Verdachtsfall

AfD zieht gegen Verfassungsschutz vor Bundesverfassungsgericht

Streitpunkt Sicherheitsgarantien für Ukraine

Chef der Jungen Union hat klare Forderung an Bundesregierung

Nach Streit um Brosius-Gersdorf

SPD hat neue Kandidatin fürs Verfassungsgericht

AfD gegen CDU

"Die Gefahr ist real"



Von Annika Leister

"Jetzt will ich erstmal das Zeug"

Spahns Maskendeal löste Kosten-Lawine aus

Klöckner gegen "Compact"-Foto

"Löschen Sie umgehend dieses Bild"



Von Julia Naue, Lars Wienand

Vorbild Elon Musk?

Digitalminister setzt Kollegen Frist

INTERVIEW | Sachsen-Anhalts Ministerpräsident

"Auch daran ist die DDR zugrunde gegangen"



Ein Interview von Johannes Bebermeier, Christoph Schwennicke

Freifahrt zum Heringessen

Illegale Parteispenden? Provinz-Posse holt Bundes-SPD ein

Themen

AfD

Bundestag

Themen A bis Z

Politiker

Annalena Baerbock

Karl Lauterbach

Markus Söder

Olaf Scholz

t-online.

Das Unternehmen

[Ströer Digital Publishing](#)[Jobs & Karriere](#)[Presse](#)[Werben](#)[Kontakt](#)[Impressum](#)[Datenschutzhinweise](#)[Datenschutzhinweise \(PUR\)](#)[Datenschutz-Manager](#)[Utiq verwalten](#)[Jugendschutz](#)

Produkte & Services

[T-Online-Browser](#)[PUR-Abo](#)[Push-Nachrichten aktivieren](#)[Newsletter](#)[Podcasts](#)[Videos](#)[RSS-Feeds](#)[Alle Themen](#)[Eilmeldungen](#)[Jobsuche](#)

Netzwerk & Partner

[Das Telefonbuch](#)[watson.de](#)[giga.de](#)[desired.de](#)[kino.de](#)[familie.de](#)[statista.de](#)[stayfriends.de](#)

Über t-online

[Über t-online](#)[So arbeitet die Redaktion](#)[Autoren bei t-online](#)[Nachricht oder Meinung](#)

Bleiben Sie dran!

